
Slowenien

IRENA BRINAR

Am 10. Juni 1996 unterzeichnete Slowenien ein Europaabkommen mit der Europäischen Union, das am 1. Februar 1999 in Kraft trat und Slowenien mit der EU assoziierte. In ihrer Stellungnahme zum slowenischen Beitrittsantrag zur EU bestätigte die Europäische Kommission Slowenien 1997, über stabile und demokratische Institutionen zu verfügen, die den Rechtsstaat garantieren und die Menschen- und Minderheitenrechte achten und schützen. In ihrem regelmäßigen Bericht über die Fortschritte Sloweniens auf dem Weg zum Beitritt stellte die Europäische Kommission Ende 1998 fest, dass Slowenien zwei der drei Kopenhagener Kriterien erfüllt: nämlich das politische und das wirtschaftliche Kriterium. Die Kommission bewertete jedoch die Fortschritte Sloweniens in folgenden Bereichen kritisch: Übernahme des gemeinsamen Besitzstandes der EU, Schwerfälligkeit des Parlaments bei der Gesetzgebung, Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Anhang XIII des Europaabkommens, der sich auf den Eigentumserwerb durch Ausländer bezieht, ferner die Situation der Justiz und die ungelösten Probleme mit dem Nachbarland Kroatien. Im zweiten Fortschrittsbericht der Kommission 1999 hatte sich die Einschätzung der Lage der Gesetzgebung merklich verbessert. Mit der Annahme des Mehrwertsteuergesetzes, des Bankengesetzes und des Unternehmensgesetzes erreichte Slowenien ein rasches legislatives Tempo. Gleichzeitig unterstrich die Kommission jedoch die Notwendigkeit, eine größere Effizienz in den juristischen und parlamentarischen Verfahren zu erreichen.

Mit dem In-Kraft-Treten des Europaabkommens am 1. Februar 1999 wurde der Beitrittsprozess zur Europäischen Union auf den Weg gebracht. Der Assoziationsrat, das höchste Gremium im Rahmen des Europaabkommens, tagte zum ersten Mal am 22. Februar 1999 in Luxemburg. Im Mai 1999 nahm die slowenische Regierung die Änderungen des Nationalen Programms für die Übernahme des gemeinsamen Besitzstandes bis 2002 an, in dessen Rahmen 240 Gesetze primären Rechts und über 600 Gesetze sekundären Rechts verabschiedet werden sollten. Laut einem Bericht der Regierung vom Juli 2000 waren bereits 77% der Gesetzesvorhaben umgesetzt. Das In-Kraft-Treten des Europaabkommens eröffnete für Slowenien die Möglichkeit, an einer Vielzahl von Programmen der Europäischen Union teilzunehmen. Slowenien beteiligt sich auch auf allen Ebenen am politischen Dialog zwischen der EU und den assoziierten Ländern. Durch sein Engagement beim Stabilitätspakt für Südosteuropa intensivierte Slowenien seine Aktivität im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Im Bereich der Harmonisierung der Gesetzgebung verläuft der Screening-Prozess wie geplant. 29 Verhandlungsergebnisse aus 31 Kapiteln wurden den EU-Organen vorgelegt (kein Screening wurde zu Kapitel 30 – Institutionen – und Kapitel 31 – Sonstiges – durchgeführt). Im März und April 2000 legte Slowenien der Europäischen Kommission den Bericht über die Erfüllung der Verpflichtungen aus den Verhandlungsergebnissen zu 24 Kapiteln vor. Zur Zeit sind zwölf Kapitel vorerst geschlossen.

Kein Einfluss des Regierungswechsels auf die Integrationsanstrengungen

Nach dem Zusammenschluss von Slowenischer Volkspartei (SLS) und Slowenischen Christdemokraten (SKD) zu einer politischen Kraft im April 2000 entließ der damalige Ministerpräsident Janez Drnovšek die Minister der Volkspartei aus ihren Ämtern, ernannte neue Minister und stellte dem Parlament die Vertrauensfrage – zum ersten Mal in der kurzen Geschichte des slowenischen Staates. Die Drnovšek-Regierung war im Februar 1997 ins Amt gekommen. Sie war die vierte Regierung nach der ersten Mehr-Parteien-Wahl von 1990 und die dritte, die von Drnovšek, dem Präsidenten der Liberaldemokratischen Partei Sloweniens (LDS), geführt wurde. Nachdem das Parlament Drnovšek das Vertrauen entzogen hatte, schlug die neue Mitte-Rechts-Koalition aus SLS+SKD Slowenischer Volkspartei und Sozialdemokratischer Partei (SDS) Andrej Bajuk vor. Die neue Regierung wurde im Juni 2000, trotz der für den Herbst anstehenden Neuwahlen eingesetzt. So gingen die Anstrengungen Sloweniens für den Beitritt zur EU unbeeinträchtigt weiter. Die neue Regierung sah die weitere und beschleunigte Harmonisierung der slowenischen Gesetzgebung mit dem *acquis* als eine ihrer Prioritäten an. Die Koordination der Vorbereitungen wurde direkt vom Ministerpräsidenten übernommen, der zur Verbesserung der Effizienz ein spezielles Europäisches Kollegium einsetzte.

Slowenien gestattet EU-Bürgern nun den Erwerb von Eigentum. Ihre Anträge werden gemäß des Anhangs XIII des Europaabkommens und des Gesetzes auf Gegenseitigkeit behandelt.¹ Seit dem In-Kraft-Treten dieses Gesetzes erhielt der Justizminister im Zeitraum von Februar 1999 bis Ende Mai 2000 46 Anträge von Bürgern der Europäischen Union, von denen jedoch nur vier rechtmäßig waren und positiv beschieden wurden.

Besondere Aufmerksamkeit gilt dem Abschluss des Rückgabeprozesses verstaatlichten Eigentums. Das Rückgabegesetz von 1991 bildet die rechtliche Grundlage für die Rückgabe unrechtmäßig enteigneten und verstaatlichten Eigentums in der Nachkriegszeit. Dieses groß angelegte, nationale Wiedergutmachungsprojekt hat wegen des Prinzips der tatsächlichen Rückgabe anstelle einer finanziellen Entschädigung einzigartigen Charakter. Die bereits erfolgte Rückübertragung hat Ende April 2000 knapp über die Hälfte (50,26%) der bis jetzt geltend gemachten Ansprüche erfüllt.

Eine weitere Priorität gilt dem Bereich der Justiz, wo einige Gesetze zur Verbesserung des Schutzes der Menschenrechte verabschiedet wurden und eine Verkürzung der Dauer von Gerichtsverfahren verstärkt angestrebt wird. Slowenien hat mit

der Annahme des Gesetzes zur Regulierung des legalen Status von Bürgern der früheren Republik Jugoslawien, die in der Republik Slowenien leben, einen wichtigen Schritt bei der Lösung der Probleme vollzogen, die mit der Unabhängigkeit Sloweniens zusammenhängen.²

Wirtschaftliche Entwicklung

Im Lauf der letzten Jahre konnte ein stabiles Wachstum der slowenischen Wirtschaft verzeichnet werden. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in Kaufkraftstandards zeigt für 1999, dass Slowenien 73% des EU-Durchschnitts erreichen konnte.³ Die makroökonomische Situation blieb günstig. Das Wirtschaftswachstum stieg 1999 von 3,9% leicht auf 4,1% an. Die Inflation wurde von 7,9% auf 6,1% weiter gedrosselt. Der Export blieb stark und die fiskalischen Einnahmen verbesserten sich ebenfalls. Der Reformprozess gewann mit der Annahme mehrerer wichtiger Gesetze im Bereich des Finanzsektors wieder an Schwung. Jedoch folgte dem wirtschaftlichen Wachstum keine Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenrate, basierend auf der Definition der ILO,⁴ lag auf gleichbleibendem Niveau bei 7,5% (verglichen mit 7,9% 1998 und 7,4% 1997). Der hohe Anteil der Langzeitarbeitslosen, das geringe Qualifikationsniveau der Arbeitslosen und die Diskrepanz zwischen angebotenen und nachgefragten Fähigkeiten lassen darauf schließen, dass die Arbeitslosigkeit in Slowenien hauptsächlich strukturell bedingt ist.

Die politische und wirtschaftliche Situation im Gebiet des früheren Jugoslawiens und die russische Krise veränderten die regionale Struktur des slowenischen Handels, der jetzt sogar stärker auf die Länder der EU hin orientiert ist. 1999 stieg der Handel mit den Ländern der EU im Vergleich zu 1998 um 5,5% an. Der Export stieg um 4,6%, der Import um 6,5%, verglichen mit 11,7% und 14,1% im Jahr davor. Das Handelsdefizit mit der EU nahm zu. Betrachtet man die Struktur des Handels, entfallen 96% der Exporte und 89,4% der Importe auf Industriegüter. Trotzdem ist die slowenische Industrie dabei, an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Mit der Beschleunigung des Privatisierungsprozesses und der Öffnung der Privatisierung von Staatseigentum auch für ausländische Investoren erwartet Slowenien ein erhebliches Wachstum ausländischer Direktinvestitionen. Slowenien liegt beim Anteil von Direktinvestitionen sowohl am BIP wie Pro-Kopf von den Ländern Mittel- und Osteuropas auf dem letzten Platz. Bedeutung und Effizienz der Unternehmen mit ausländischen Direktinvestitionen zeigt sich daran, dass sie mit einem Anteil von 3,9% insgesamt 28,1% der Exporte und 22,2% der Gewinne erwirtschafteten. Das konstante Wachstum reinvestierter Gewinne in den letzten Jahren zeigt das langfristige Interesse der Investoren.

Die Meinung der Slowenen zum EU-Beitritt

Die nach der Unabhängigkeit gehegten hohen und ziemlich idealistischen Erwartungen der Slowenen an die EU erfüllten sich nicht. Die Slowenen betrachten die EU nun realistischer. Die meisten Slowenen glauben, dass die Mitgliedschaft in der EU Vor- und Nachteile mit sich bringt (46,6%). 23% gehen davon aus, dass die

Vorteile überwiegen, 16,4% die Nachteile. Die Slowenen meinen, dass ihr Land mit einem Beitritt zur EU am meisten im Bereich der militärischen Sicherheit gewinnen würde (71,4%), dann auf dem Gebiet der demokratischen Entwicklung (63,6%) und im Bereich der Wirtschaft und der Industrie (60,7%). Eine Mehrheit (42,3%) erwartet eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des Landes, nicht aber der eigenen finanziellen Situation (61,7%). Zwei Drittel der Slowenen würden bei einem Referendum für den Beitritt stimmen. Und schließlich zeigen die Meinungsumfragen, dass die Slowenen, was den Beitrittstermin betrifft, „realistischer“ sind als ihre Regierung. Die meisten sind davon überzeugt, dass der Beitritt Sloweniens von der EU 2004 oder 2005 akzeptiert wird.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Mariano Barbato, M.A., Ludwig-Maximilians-Universität München.

- 1 In den Verhandlungen zum Assoziationsabkommen mit der EU, die 1993 begannen, wurde auf Initiative Italiens hin Druck auf Slowenien ausgeübt, den Artikel 68 der slowenischen Verfassung zu ändern, da das Verbot des Eigentumserwerbs durch Ausländer nicht mit europäischem Recht übereinstimmte. Nachdem die Verhandlungen zum Assoziationsabkommen mehrmals verschoben wurden, akzeptierte Slowenien eine Verpflichtung zur Modifizierung des Artikels 68. Dies wurde in das Europaabkommen als Anhang XIII eingefügt und von Slowenien am 1. Februar 1995 mit dem Gesetz auf Gegenseitigkeit umgesetzt, das „den Bürgern der EU-Mitgliedstaaten, die über einen Zeitraum von drei Jahren permanent auf dem Gebiet Sloweniens leben auf der Basis der Gegenseitigkeit das Recht einräumt, Eigentum zu erwerben“.
- 2 Mit der Einführung der slowenischen Staatsbürgerschaft räumte Slowenien Bürgern anderer

Republiken des früheren Jugoslawiens unter bestimmten Umständen das Recht ein, die slowenische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Über 171.000 Menschen erhielten auf diesem Wege die slowenische Staatsbürgerschaft. Jedoch konnten aus verschiedenen Gründen, u.a. wegen des Kriegs in Kroatien und Bosnien-Herzegowina, eine Anzahl von Personen diesen Antrag nicht stellen. Mit der Annahme des Gesetzes wurde auf Druck eines Urteils des Verfassungsgerichts den Personen, die zweifelsfrei eine Bindung an Slowenien nachweisen konnten, das Recht eingeräumt, jetzt noch einen Antrag auf Einbürgerung zu stellen. Das Gesetz trat im September 1999 in Kraft. Am Ende des dreimonatigen Zeitraums, in dem Bürger anderer Nachfolgerepubliken ihre Anträge einreichen konnten, waren 13.079 Anträge eingegangen.

- 3 Die Tschechische Republik folgt mit 63%. 1998 hatte Slowenien Griechenland und 1999 wohl auch Portugal überholt. Das BIP pro Kopf lag bei 10.248 USD.
- 4 Die registrierte Arbeitslosenrate lag 1999 bei 13,6% verglichen mit 14,5% im Jahr zuvor.

Weiterführende Literatur

- Brinar, Irena: Slovenia from Yugoslavia to the European Union, in: Henderson Karen (Hrsg.): *Back to Europe: Central and Eastern Europe and the European Union*, London, 1999, S. 241-257.
- Brinar, Irena; Marjan Svetlicic: The Enlargement of the European Union: the case of Slovenia, in: *Journal of European Public Policy* 5 (1999), S. 802-821.
- Rojec, Matija: Restructuring and efficiency upgrading with FDI, in: Hunya, Gabor (Hrsg.): *Inte-*

gration through foreign direct investment: making Central European industries competitive, Cheltenham/Northampton 2000, S. 130-149.

- Slovenian Economic Mirror 1999 (Yearly Report), Institute of Macroeconomic Analysis and Development, Ljubljana 2000, S. 95.
- Slovenian's Viewpoints on Slovenia's Integration in the European Union, University of Ljubljana, Faculty of Social Sciences, Centre for Research of Public Opinion and Mass Communications, Ljubljana Dezember 1999.